

Programm-Check der Parteien

Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Damit werden die deutschen Bürger sowie die Bäuerinnen und Bauern erneut entscheiden, welche Regierung Deutschland in der 18. Legislaturperiode führt. Die Deutsche Bauern Korrespondenz hat vor diesem Hintergrund die Bundestagsparteien zum Programm-Check gebeten und nachgefragt, was die Bauernfamilien von den Parteien beispielsweise bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik, bei der Nutztierhaltung und in Sachen Energiewende zu erwarten haben.

Frage	CDU/CSU 	SPD 
1. Die Umsetzung der GAP-Reform in nationales Recht wird das agrarpolitische Großprojekt für die neue Bundesregierung. Was sind für Ihre Partei dabei die wichtigsten Handlungsfelder? Werden Sie die vielfältigen Umweltleistungen und „Greening-Elemente“ der deutschen Landwirtschaft anerkennen? Wie sichern Sie den Direktausgleich für die Bauern in Deutschland? Wie viel staatlichen Einfluss auf die Agrarmärkte soll es noch geben?	Die Direktzahlungen bleiben das Kernstück der GAP. Umschichtungen zulasten der Direktzahlungen lehnen wir ab. Zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft wollen wir die ersten Hektare künftig besser fördern. Besonders werden wir Junglandwirte unterstützen. Die neue GAP werden wir mit so wenig Bürokratie wie möglich umsetzen. Wir stehen zum Greening der Agrarpolitik, werden aber dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Flächen auch weiterhin für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen genutzt werden können. Die regionale Flexibilität muss sichergestellt sein und die freiwilligen Leistungen unserer Landwirte in Form von vielfältigen Fruchtfolgen, Naturschutz- und Agrarumweltprogrammen sowie dem Ökolandbau müssen anerkannt werden. Über die zweite Säule werden wir weiterhin Investitionen der landwirtschaftlichen Betriebe, Agrarumweltprogramme und einen lebenswerten ländlichen Raum fördern. Wir befürworten die „Entstaatlichung“ der Agrarmärkte. Unsere Landwirte sind in der Lage, die Chancen des nationalen und internationalen Marktes zu nutzen. Wir werden ihnen weiterhin ein wirksames Sicherheitsnetz zum Schutz vor extremen Markteinbrüchen spannen.	Die SPD bekennt sich zu einer nachhaltigen, multifunktional ausgerichteten und bäuerlichen Landwirtschaft. Grundsätzlich begrüßen wir die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Greening-Maßnahmen. Sie reichen aber nicht aus, um die Direktzahlungen an die europäischen Landwirte dauerhaft zu legitimieren. Die SPD spricht sich dafür aus, die pauschalen Einkommensstützungen mittelfristig bis auf einen kleinen Sockelbetrag abzuschmelzen. Das bisherige System der Belohnung für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen muss durch ein System der echten Entlohnung von gesellschaftlichen Leistungen ersetzt werden, vor allem von solchen, die dem Klimaschutz, der Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Bodenfruchtbarkeit sowie dem Umwelt-, Verbraucher- und Tiereschutz dienen. Gleichzeitig wollen wir Förderung landwirtschaftlicher Betriebe konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung und eine tiergerechte Tierhaltung ausrichten. Die SPD unterstützt einfache, europaweit geltende und betriebsbezogene Greening-Maßnahmen. Kleine Betriebe dürfen nicht benachteiligt werden. Marktorientierung und nachhaltige Umweltleistungen müssen Hand in Hand gehen.

FDP 	Die Grünen 	Die Linke 
Bei der Umsetzung der GAP-Reform in nationales Recht setzen wir auf Marktwirtschaft und unternehmerische Freiheit der Landwirte. Wir setzen uns für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein und wollen deshalb eine 1:1-Umsetzung der EU-Regelungen. Die Kappung der Direktzahlungen ab einer bestimmten Hektarzahl und eine degressive Ausgestaltung von Direktzahlungen in Abhängigkeit von Arbeitsplätzen lehnen wir ab. Diese Instrumente führen zu höheren Kosten durch Ausweichreaktionen (z. B. Betriebsteilungen) und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Deutschland ist Vorreiter bei der Ausgestaltung der Agrarumweltmaßnahmen. Diese müssen beim sogenannten „Greening“ der GAP-Reform von der EU anerkannt werden. Angesichts globalisierter Märkte ist die Gemeinsame Agrarpolitik innerhalb der EU der richtige Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb zu stärken. Es darf keine Rückkehr in einzelstaatliche Verzettelung geben. Deshalb stehen wir Sonderregelungen und den Möglichkeiten, nationale Ausnahmen zu definieren, kritisch gegenüber und setzen uns für die Umsetzung der Entkoppelung in allen Ländern der EU ein. Langfristig müssen sich die Landwirte darauf einstellen, dass aus dem EU-Haushalt weniger Geld für den Agrarbereich zur Verfügung stehen wird. Die FDP möchte die Landwirte darauf vorbereiten und die Zukunft planbar machen. Direktzahlungen dürfen frühestens ab der Förderperiode 2020 schrittweise gesenkt werden. Strukturelle Förderung und Agrarumweltmaßnahmen, die aus der 2. Säule finanziert werden, sollen erhalten bleiben. Staatliche Marktinterventionsmaßnahmen müssen schon aufgrund des begrenzten Budgets im EU-Haushalt auf ein minimales Sicherheitsnetz beschränkt bleiben.	Öffentliches Geld für öffentliche Güter. Das ist die grüne Leitlinie für die EU-Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland. Mit den Instrumenten Greening und Degression wird der Einstieg in eine grünere und gerechtere Agrarpolitik vollzogen. Wir werden auf nationaler Ebene alle Möglichkeiten nutzen, um nicht nur auf dem Papier, sondern auch auf dem Acker eine spürbare ökologische Verbesserung zu erreichen und die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken. In diesem Sinne wollen wir die Möglichkeit nutzen, die ersten Hektare eines jeden Betriebs mit einer höheren Prämie zu fördern. Wir setzen uns für die Umwidmung von 15 Prozent der Gelder aus der Basisprämie in die zweite Säule in Kombination mit der Degression von Direktzahlungen ein, um die übermäßigen Kürzungen der zweiten Säule auszugleichen. Nur so lassen sich gesellschaftlich gewünschte Leistungen wie Ökolandbau, artgerechte Tierhaltung, Agrarumweltmaßnahmen oder die Schaffung regionaler Wertschöpfung angemessen honorieren. Davon profitieren Bauern und Allgemeinheit gleichermaßen.	Bei der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Reform) wird DIE LINKE insbesondere darauf achten, dass die Förderung zielgerichtet für (soziale, ökologische) Gemeinwohlleistungen eingesetzt wird; bspw. um existenzsichernd bezahlte Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen zu sichern oder die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. DIE LINKE lehnt die Verschiebung von Mitteln zwischen den beiden Säulen ab. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern, um kostendeckende Erzeugerpreise zu erreichen und die Fördermittel gesellschaftlich zu legitimieren. Ein Greening mit nachweisbaren Effekten spielt aus Sicht der LINKEN eine weitere zentrale Rolle. Die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft bedroht die biologische Vielfalt. Bereits erbrachte Leistungen und Landschaftsstrukturen sollten beim Greening berücksichtigt werden. Klima- und Gewässerschutz sowie Bienenfreundlichkeit müssen verbindlicher in der landwirtschaftlichen Praxis verankert werden.

Frage	CDU/CSU	SPD
2. Das Gelingen der Energiewende ist auch im Interesse der Landwirtschaft und ländlichen Räume. Was muss anders werden, damit auch die Bauernfamilien und ländlichen Räume weiterhin Energielieferanten bleiben können? Wie sehen Sie die Entwicklung der Biomasse als multifunktionalen Energieträger bei Strom, Wärme und Kraftstoffen?	Wir wollen, dass die Landwirte weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Das gilt besonders für Biomasse in allen drei Nutzungspfaden: Strom, Wärme und Kraftstoffe. Biomasse ergänzt in idealer Weise Photovoltaik und Windkraft, da sie speicherbare Energie liefert. In diesem Sinne soll sie eingesetzt werden. Dabei wollen wir mehr Marktorientierung. Wir setzen bei neuen (Biogas-)Anlagen insbesondere auf die bedarfsgerechte Verstromung, die Nutzung von Reststoffen, d. h. Gülle, Festmist, Grünschnitt und organische Abfallstoffen, sowie auf durchdachte Wärmekonzepte. Zudem werden wir die Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais intensivieren. Im Biokraftstoffbereich setzen wir weiter auf Beimischungsquoten zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir werden ein Gesamtkonzept für Biokraftstoffe entwickeln, um den sinnvollen Einsatz der Biokraftstoffe zur Erreichung der CO₂-Ziele sicherzustellen.	Biogas-, Photovoltaik- und Windkraftanlagen sichern den landwirtschaftlichen Unternehmen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten und erhöhen die Wertschöpfung im ländlichen Raum, dazu gehört die Biomasseproduktion. Sie muss verantwortungsvoll, nachhaltig und ökologisch vertretbar sein. Die Förderinstrumente in den drei Sektoren Wärme, Strom und Kraftstoffe sind zu harmonisieren und die segmentierte Förderpolitik ist zu überwinden. Im Zuge einer Reform des EEG wollen wir die Vergütungen der einzelnen Sektoren anpassen. Dort, wo bereits heute durch den technologischen Fortschritt und günstigere Produktionskosten Einsparpotenziale realisiert werden, muss das Vergütungssystem angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die Verantwortung für die bedarfsgerechte und systemkompatible Stromeinspeisung stärker an die Betreiber von EEG-Anlagen übertragen und zur Fördervoraussetzung machen. Eine Intensivierung der Förderpolitik für flüssige Biokraftstoffe ist aufgrund der geringen energetischen Effizienz nicht erstrebenswert. Wir lehnen Eingriffe in das Vergütungssystem von Bestandsanlagen ab. Investoren haben ein Anrecht auf Planungssicherheit. Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen, brauchen wir den Zubau von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie.
3. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte scheint allen Parteien ein wichtiges Anliegen. Schließlich gilt es, grundgesetzlich verankerte Schuldenbremsen einzuhalten. Was bedeutet dies für den Bundesagrарhaushalt? Was bedeutet das für die Zukunft der Agrarsozialpolitik und die Gemeinschaftsaufgabe?	Aus Verantwortung für unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen haben wir die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Das bedeutet, dass alle Ausgaben der öffentlichen Haushalte immer wieder strikt auf ihre Notwendigkeit überprüft werden müssen – davon ist der Agrарhaushalt des Bundes nicht ausgenommen. Die Landwirtschaft wird aber keine einseitigen Lasten übernehmen müssen. So ist es für uns selbstverständlich, dass sich das landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem im Gleichgang mit den anderen gesetzlichen Sozialversicherungen entwickeln muss und dass die strukturwandelbedingten Lasten aus Steuermitteln übernommen werden. Ebenso werden wir die Investitionen der Landwirtschaft weiter verlässlich mit den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrарstruktur und Küstenschutz (GAK) fördern. Das gilt vor allen Dingen für neue Ställe wie auch für die Agrарumweltprogramme.	Die SPD steht für eine solide Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die nationalen Umschichtungsmöglichkeiten der Mittel von der 1. in die 2. Säule nutzen. Die bisher sehr sektoral ausgerichteten Fördermaßnahmen wollen wir stärker für die ländlichen Räume öffnen. Dafür wollen wir die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrарstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu einer „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume“ weiterentwickeln. Die in dieser Legislaturperiode beschlossene Reform und Neuorganisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung war ein erster und notwendiger Schritt. Unser langfristiges Ziel ist es, die Agrарsozialpolitik in die allgemeine Sozialpolitik zu integrieren.

FDP	Die Grünen	Die Linke
Biomasse ist der wichtigste erneuerbare Energieträger für Strom, Wärme und Kraftstoffe. Sie sollte mit einem Stromanteil von 23 % Verantwortung für die Stabilität der Stromversorgung hinsichtlich Menge und Versorgungssicherheit übernehmen, da die bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben im jetzigen EEG Anreize geschaffen, die bei der Stromproduktion anfallende Wärme effizient zu nutzen. Wir setzen uns für standortangepasste Anlagen in landwirtschaftlicher Hand ein. Deswegen haben wir in dieser Legislaturperiode Gülleanlagen als Anlagenklasse eingeführt und uns bei der Vergütungsdegression für Kleinanlagen eingesetzt. Bei der Nutzung von Reststoffen aus der Landwirtschaft wie Gülle sowie Resten aus der Ernährungsindustrie sehen wir noch Ausbaupotenzial. Bei der anstehenden Novellierung des EEG setzen wir uns für Vertrauensschutz ein. Die Einspeisevergütung muss so gestaltet werden, dass Landwirte, die Lebens- und Futtermittel produzieren, im Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Auch müssen Bauplanungen von Biogasanlagen in größeren regionalen Zusammenhängen erfolgen. Bei der Produktion von Biomasse zur energetischen Nutzung sind Alternativen zum Mais zu unterstützen. Dafür ist die weitere Einbeziehung anderer Biomasse-träger zu überprüfen.	Die Energiewende ist ohne Bioenergie nicht zu machen. Denn als natürlicher und jederzeit nutzbarer Energiespeicher stellt Biomasse ein ideales Backup-System für die schwankende Solar- und Windstromerzeugung dar. Reine Pflanzenöle können gerade beim Ersatz von herkömmlichen Kraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Doch aufgrund massiver Fehlentwicklungen wie der zunehmenden Vermaisung ganzer Landstriche oder explodierender Bodenpreise verliert die Bioenergie an gesellschaftlicher Akzeptanz. Hier wollen wir Grünen mit den richtigen politischen Rahmenseetzungen gegensteuern. Die Förderung der Bioenergie wollen wir zukünftig stärker auf die bedarfsgerechte Stromeinspeisung und die Reststoffverwertung ausrichten. Die Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge beim Anbau von Biomasse soll zur Fördervoraussetzung werden. Als „Energiewirte“ gerade auch in Kooperation mehrerer Landwirte, wie wir sie ebenso wie der Bauernverband propagieren, können Bauern von eigenen Solaranlagen, im Rahmen von Bürgerwindkraftparks und durch die Beteiligung an Stromnetzen – wie sie der grüne Energie- und Agrarminister in Schleswig-Holstein anbietet – profitieren.	Prioritäre Aufgabe der Landwirtschaft muss die Lebens- und Futtermittelerzeugung bleiben. Darüber hinaus soll die Agrarwirtschaft ihren Teil zur dezentralen Energiewende beitragen. Doch das darf nicht die Haupteinkommensquelle der Agrarbetriebe sein. Die Förderbedingungen sollten zu einem sozial-ökologischen Energiemix in den Regionen beitragen und verschiedene Zielkonflikte lösen, z. B. mit dem Naturschutz oder dem Tourismus. Mittel- und langfristig ist die Stromerzeugung über Biogas aus Energiepflanzen fraglich. Das hängt auch mit Alternativen zum Maisanbau zusammen. Biogas hat heute eine wichtige Brückenfunktion bei der Energiewende. Es lässt sich gut transportieren und speichern. Mittelfristig kann Biogas im Auto fossile Kraftstoffe ersetzen. Regional produziertes Pflanzenöl sollte den fossilen Agrardiesel bei den Landmaschinen ablösen. Eine Beimischung von Agrotreibstoffen zu fossilen Kraftstoffen lehnt DIE LINKE ebenso ab wie den Import von Agrotreibstoffen aus Drittstaaten.
Wir wollen die schwarze Null beim Staatsdefizit und den Einstieg in die Tilgung unserer Schulden so schnell wie möglich erreichen. Dies sind wir der nachkommenden Generation schuldig. Wir stehen für solide, stabile Haushalte und die Tilgung unserer Altschulden. Denn weniger Staatsschulden sind der beste Schutz vor Inflation. Der Bundesagrarhaushalt soll stabil bleiben. Wir haben die Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Sozialversicherung langfristig gesichert. Der Zuschuss soll in der geplanten Höhe erhalten bleiben. Ebenso soll die Gemeinschaftsaufgabe im bestehenden Umfang weiter finanziert werden. Das setzt voraus, dass sie weiterentwickelt wird, um den ländlichen Raum fit zu machen, zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich der hohen Bedeutung der Agrarsozialpolitik und der Gemeinschaftsaufgabe für die Landwirtschaft, aber auch für die Entwicklung der ländlichen Räume bewusst. In unseren Vorschlägen zur Debatte des Bundesagrarhaushaltes in den letzten Jahren haben wir deswegen eine Fortschreibung der bisherigen Haushaltsansätze vorgesehen und streben dies auch für die Zukunft an. Bei der Bewältigung der Herausforderungen des Schuldenabbaus, der Finanzkrise und des Erhalts der Infrastruktur setzen wir uns mit unseren Finanz- und Haushaltskonzepten für eine gerechtere Verteilung der Lasten ein.	DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, weil damit wichtige politische Spielräume verloren gehen. Neben Ausgaben senkungen müssen Einnahmesteigerungen gelingen, zum Beispiel durch die gerechte Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Mit 2 Prozent Anteil am Bundeshaushalt kann der Agrarhaushalt kaum zur Konsolidierung beitragen. Dabei stellt die agrarsoziale Sicherung den größten Anteil dieses Einzelplans, wobei sich der Zuschuss durch den Strukturwandel bereits reduziert. DIE LINKE bezweifelt die langfristige Tragfähigkeit der eigenständigen Sozialversicherung, da sie kaum mehr armutsvermeidende Wirkungen hat und viele Landwirte/innen sich der gesetzlichen Versicherungspflicht entziehen. Deshalb muss diskutiert werden, wann und nicht ob die agrarsoziale Sicherung in die allgemeine Sozialversicherung integriert wird. Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz muss aus Sicht der LINKEN als wichtiges Element der Politik für ländliche Räume erhalten und adäquat finanziert werden.

Frage	CDU/CSU	SPD
4. Der Bauernverband hat in der laufenden Legislaturperiode eine Petition zum Flächenverbrauch eingebracht und von 212.000 Menschen Unterstützung erfahren. Was werden Sie tun, um den Flächenverbrauch in Deutschland zumindest auf 30 Hektar je Tag zu senken? Sehen Sie die Notwendigkeit, einen Entsiegelungsfonds zu schaffen, z. B. gespeist aus dem Ersatzgeld für Maßnahmen und Bauten der Energiewende?	Beim Faktor Boden handelt es sich um eine unvermehrte Ressource und die Existenzgrundlage unserer Landwirte. Deshalb halten wir am Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag fest. Alle Bau- und Siedlungsvorhaben müssen möglichst flächenschonend ausgestaltet werden. Mit dem neuen Baugesetzbuch haben wir den Vorrang der Innenentwicklung und die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange festgeschrieben. Beim Naturschutzausgleich wollen wir einen Vorrang für produktionsintegrierte Maßnahmen sowie die Aufwertung und Pflege schon bestehender Ausgleichsflächen und Naturschutzgebiete verankern. Wir werden die Einrichtung eines Entsiegelungsfonds aus Ersatzgeldzahlungen prüfen. Speziell für Bauten der Energiewende sollen Ausgleichsmaßnahmen auf ein Minimum gesenkt sowie die Möglichkeiten zum finanziellen Ausgleich erleichtert werden.	Die SPD hält am Ziel fest, den Flächenverbrauch langfristig auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Zur weiteren Minimierung der Flächeninanspruchnahme kommt es auf ein abgestimmtes Maßnahmenbündel an, das von allen Politikbereichen und auf allen politischen Ebenen getragen wird. Aufgrund der demographischen Entwicklung ergeben sich dabei weitere Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen die Innenentwicklung stärken und den Außenbereich schützen. Diese wesentlichen Zielvorgaben haben wir bereits im Rahmen der aktuellen Novelle des Baugesetzbuches durchgesetzt. Daneben gilt es, die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperationen zu stärken, die übergreifende Koordinierung zwischen den Ländern und Regionen zu verbessern und weitere Instrumente zur Minimierung der Flächeninanspruchnahme zu entwickeln.
5. Die Lebensmittelproduktion ist arbeitsteilig und zunehmend internationaler aufgestellt; Qualität, Vielfalt und Sicherheit des Lebensmittelangebots in Deutschland können sich sehen lassen. Teilen Sie diese Einschätzung? Wo liegen die Zukunftsmärkte, was sind die Zukunftstrends im Lebensmittelbereich?	Wir teilen die Einschätzung des DBV, Lebensmittel aus deutscher Produktion sind in hoher Vielfalt und sehr guter Qualität auf dem Markt. Wir müssen alles dafür tun, Lebensmittelsicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Die staatlichen Kontrollen und insbesondere das Eigenkontrollsystem der Wirtschaft müssen noch besser werden, denn Vertrauen ist die Voraussetzung für den Erfolg deutscher Lebensmittel bei uns und auf den Exportmärkten. Die Zukunftsmärkte für die deutsche Landwirtschaft liegen zunehmend in expandierenden Schwellenländern. Gleichzeitig haben wir einen großen Trend zur Regionalität. Das sind zwei Seiten derselben Medaille, die gepaart mit hoher Qualität von den Verbrauchern nachgefragt werden. Wir werden die deutsche Agrarwirtschaft bei der Erschließung von Exportmärkten, zum Beispiel durch Messebeteiligungen und den Exportbeauftragten im BMELV, weiter unterstützen. Gleichzeitig prüfen wir die Auflage eines Bundesregionalprogramms. Als erstes Element haben wir bereits das „Regionalfenster“ für die Lebensmittelpackung entwickelt, das wir nun bundesweit einführen wollen.	Die Lebensmittelproduktion ist tatsächlich immer arbeitsteiliger und internationaler geworden. Eigenkontrollsysteme und die staatliche Lebensmittelüberwachung müssen damit Schritt halten, sonst geht das Vertrauen der Menschen verloren. Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln und eine lückenlose Rückverfolgbarkeit auch über Produktionsstufen hinweg ist auch deshalb unser politisches Ziel. Das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an regionalen Lebensmitteln steigt. Diesen Zukunftsmarkt wollen wir durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung unterstützen und so Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung stärken.

FDP	Die Grünen	Die Linke
Mit der Novelle des Baugesetzbuches haben wir die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden gefördert und gefordert. Der Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Flächen wurde im Baugesetzbuch verankert. Kommunen müssen in ihrer Bauleitplanung mehr Rücksicht auf agrarstrukturelle Belange nehmen und die Nutzung landwirtschaftlicher Fläche für Gewerbegebiete und Baumaßnahmen stichhaltig begründen. Flächennutzung für die Strominfrastruktur, insbesondere im Rahmen der Energiewende, soll unter Berücksichtigung der Erfordernisse der landwirtschaftlichen Nutzung erfolgen. Wir setzen uns hier für eine jährliche Entschädigung ein. Ziel der Eingriffs-Ausgleichs-Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes ist der Schutz der Natur, nicht die Minderung landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der gesetzlich notwendige Ausgleich soll verstärkt durch finanzielle Mittel erreicht werden. Dieses Ersatzgeld soll für qualitativen Ausbau des Naturschutzes, Flächenentsiegelung und Renaturierung von Industriebrachen sowie altem Bahn- und Militärgelände eingesetzt werden. Wir sehen eine weitere Möglichkeit des sinnvollen Einsatzes von Ersatzgeld in der Gründung regionaler Fonds zur Finanzierung von Vertragsnaturschutz. Ein Entsiegelungsfonds ist für die FDP denkbar.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen das Anliegen des Deutschen Bauernverbands, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren, und streben perspektivisch eine Siedlungsentwicklung ohne zusätzlichen Flächenverbrauch an. Wir sind der Ansicht, dass mit der konsequenten Verfolgung der Grundsätze „Ausbau vor Neubau“ und „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs erzielt werden kann. Wir schlagen dazu verschiedene Instrumente vor, wie z. B. die Einführung eines Baulückenkatasters, eine Revisionspflicht für Flächennutzungspläne alle 10 Jahre, eine fiskalische Wirkungsanalyse sowie Demografie-Checks für Großprojekte und eben auch die Einrichtung eines Entsiegelungsfonds. Der naturschutzrechtliche Ausgleich darf unserer Ansicht nach jedoch nicht in Frage gestellt werden, denn die Schaffung von Flächen für den Umwelt- und Naturschutz ist kein Flächenverbrauch, sondern eine Investition in Biodiversität und die Zukunft nachfolgender Generationen.	Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Entsiegelung Priorität vor der Nutzung von Ausgleichsflächen erhält. Dazu kann auch ein Konversionsfonds aus Bundesmitteln beitragen. Bund und Bundesländer müssen verpflichtet werden, ein einheitliches Kataster für die Entsiegelungsflächen zu entwickeln und diese durch verbesserte Bemessungskriterien als Ausgleichsmaßnahmen aufzuwerten. Eine weitere Maßnahme zur Senkung des Flächenverbrauchs liegt in der Bildung von Flächenpool-Gebieten in Verbindung mit der Einrichtung von kommunalen Ökokonten. In den Flächenpools können ökologische Ausgleichsmaßnahmen in sinnvollen Konzeptionen gebündelt werden. Darüber hinaus muss selbstverständlich jedes Infrastruktur- und Siedlungsprojekt auch hinsichtlich seines Flächenverbrauchs kritisch geprüft werden.
Die Menschen in Deutschland haben Vertrauen in die Produkte der heimischen Landwirte und Obst- und Gemüsebauern. Die guten Ergebnisse des jährlichen Lebensmittelmonitorings geben auch Anlass dazu. Die Menschen wollen zurecht wissen, was sie kaufen. Die inzwischen gängige Lebensmittelkennzeichnung hilft dabei. Eine politische Steuerung des Ernährungsverhaltens, z. B. durch eine Ampelkennzeichnung oder eine Fettsteuer lehnt die FDP ab. Die Menschen wissen selber am besten, was gut für sie ist. Grundlage für eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist gute Ernährungsbildung und ausreichend Bewegung. Ziel der FDP bleibt eine stärkere Wertschätzung von Lebensmitteln und weniger Lebensmittelverschwendung.	Verbraucher setzen mehr und mehr auf ökologisch und regional erzeugte Lebensmittel. In beiden Segmenten boomt die Nachfrage, kann aber nur unzureichend aus heimischer Erzeugung bedient werden. Beispielsweise werden 48 Prozent der Bio-Möhren und 25 Prozent der Bio-Eier importiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die politischen Rahmenbedingungen verändern, damit mehr Landwirte von diesen Zukunftsmärkten profitieren. Dazu wollen wir die gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus verlässlich honorieren, den Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern und eine klare Kennzeichnung für Regionalprodukte einführen. Auch wenn die Sicherheit des Lebensmittelangebots in Deutschland hoch ist, so zeigen Vorkommnisse wie der Pferdefleischskandal die Anfälligkeit der international und arbeitsteilig agierenden Lebensmittelerzeugung. Wir GRÜNE treten dafür ein, für diese Unternehmen spezielle Kontrollstellen einzurichten, um den Kontrollaufgaben gerecht zu werden.	Der Lebensmittelsektor ist ein sehr leistungsfähiger Bereich, der in vielen Regionen Arbeitsplätze in ländlichen Räumen bietet und hochwertige, sichere Lebensmittel anbietet. Problematisch ist die verstärkte Tendenz zur Ausrichtung auf Exportmärkte sowie die immer großräumigeren und komplexeren Liefer- und Verarbeitungsketten. Dieses System ist anfällig für Krisen, Fehler und kriminelle Strukturen. Regionale Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sollten gestärkt werden. Deshalb wird dringend eine klare und wahre Herkunftskennzeichnung gebraucht. Außerdem fordert DIE LINKE ein branchenfinanziertes, unabhängiges Zertifizierungssystem nach strengen gesetzlichen Regeln entlang der kompletten Wertschöpfungskette. Auch die Arbeitsbedingungen in einigen Bereichen der Verarbeitungsindustrie müssen dringend strenger geregelt werden. So ist die Beschäftigung von Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen auf Schlachthöfen und Zerlegungsbetrieben zu untersagen.

Frage	CDU/CSU	SPD
6. Die Zukunft der Tierhaltung bewegt Landwirte, Bürger, Medien und Politik enorm. Es geht schließlich um das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft. Was werden Sie für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Tierhaltung tun? Wo sehen Sie den größten/drängendsten Handlungsbedarf?	Deutschland hat eine moderne und tierschutzfreundliche Veredelungswirtschaft und Milchviehhaltung. Das soll auch so bleiben. Wir setzen uns für einheitlich hohe Tierschutzstandards in Europa ein und gleichzeitig gegen die einseitige Belastung deutscher Landwirte. Das bäuerliche bodengebundene Wachstum werden wir weiterhin ermöglichen. Dazu bedarf es wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen und einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb fördern wir den Bau neuer Ställe und erhöhen die Forschungsmittel zur Verbesserung der Haltungsformen. Wir werden die Maßnahmen zur Minimierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung vorantreiben. Ein großer Vorteil ist die hohe Qualifikation und Sachkunde der deutschen Tierhalter. Sie muss Voraussetzung der Tierhaltung sein. Gemeinsam mit der Landwirtschaft und auch den Tierschutzverbänden starten wir eine „Transparenzoffensive Tierhaltung“. Die Milcherzeuger werden wir beim Auslaufen der Milchmengenregelung 2015 begleiten und unterstützen. So prüfen wir zum Beispiel die Einführung einer Raufutterprämie für das Grünland.	Die gegenwärtige Form der Intensivtierhaltung ist in die öffentliche Kritik geraten. Viele Menschen verbinden ihre Ansprüche an qualitativ hochwertige Lebensmittel auch mit dem Wunsch nach einer tiergerechten Haltung unserer landwirtschaftlichen Nutztiere. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten ist die langfristige Sicherung einer tiergerechten und wettbewerbsfähigen Tierhaltung in Deutschland. Die SPD wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um eine tiergerechte Nutztierhaltung durchzusetzen. Die Tierhaltungssysteme müssen stärker an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden und nicht umgekehrt. Manipulationen an Tieren müssen daher verboten werden. Denn auf Dauer ist nur eine tiergerechte Haltung auch wettbewerbsfähig. Dafür muss die Forschung für eine nachhaltige Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltings-, Transport- und Schlachtsysteme entwickelt und der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die DAFA-Strategie zur Verbesserung der Nutztierhaltung unterstützen wir ausdrücklich. Nur eine wettbewerbsfähige und tiergerechte Tierhaltung kann dauerhaft das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher gewinnen. Voraussetzung dafür ist auch eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus tiergerechter Haltung. Bessere Arbeitsbedingungen mit einem gesetzlichen Mindestlohn sind der beste Schutz für die Tiere.
7. Wird es in der neuen Legislaturperiode noch ein Bundeslandwirtschaftsministerium geben?	Klares Ja! Über Ressortzuschnitte wird natürlich erst nach der Bundestagswahl entschieden. Doch die Landwirtschaft und die Menschen im ländlichen Raum sind CDU und CSU ein Herzensanliegen. Das werden wir auch deutlich bei den Ministerien der Bundesregierung zeigen.	Die Unternehmen der Landwirtschafts- und Ernährungsbranche sichern ein hohes Maß an Wertschöpfung und sind eine wichtige wirtschaftliche Säule innerhalb der ländlichen Räume. Die SPD will die ländlichen Räume als Wirtschafts-, Lebens-, Natur- und Erholungsraum erhalten und stärken. Wir wollen Bildung, Innovationen, Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Arbeitsplätze fördern. Um die Entwicklung der ländlichen Räume voranzubringen, benötigen wir eine integrierte Förderpolitik. Dafür muss auch die Agrarpolitik enger mit der Regional-, Kohäsions- und Sozialpolitik verzahnt werden. Nur so lassen sich die vorhandenen Finanzmittel optimal einsetzen. Eine Option könnte es sein, zukünftig die Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume in einem Ministerium für die ländlichen Räume zu koordinieren, in dem dann die Agrarpolitik integriert wird.

 FDP	 Die Grünen	 Die Linke
Wir setzen uns für eine tiergerechte und die Tiergesundheit fördernde Tierhaltung und -ernährung ein. In der EU sind die „fünf Freiheiten“ als Ziele eines idealen Tierschutzes anerkannt: Freisein von Hunger und Durst, dazu gehört die Verfügbarkeit von geeigneten Futtermitteln und sauberem Wasser; Freisein von Unbehagen: tierartgerechte Umgebung mit Ruhemöglichkeiten; Freisein von Schmerzen und Krankheiten: Vorbeugung durch Impfung und Behandlung von Krankheiten; Freisein zum Ausleben arttypischer Verhaltensweisen: ausreichender Platz zusammen mit Artgenossen; Freisein von Angst und Leiden. Wir wollen den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung auf wissenschaftlicher Basis und im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Dazu ist praxisorientierte Forschung und ein verbesserter Wissenstransfer notwendig. Wir brauchen Forschung, um auf nichtkurative Eingriffe wie das Schwanzkürzen bei Schweinen verzichten zu können. Die Züchtung der Nutztiere muss stärker auf die Lebensqualität der Tiere ausgerichtet werden. Die Tierernährung wollen wir tierartgerechter gestalten. Fehlentwicklungen nach der BSE-Krise müssen korrigiert werden. Schweine und Geflügel sind Allesfresser, deswegen sollten sie auch in der Nutztierhaltung nicht vegetarisch gefüttert werden. Erfolgreicher Tierschutz muss auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Nationale Sonderwege haben die Abwanderung der Tierhaltung aus Deutschland zur Folge. Das wollen wir verhindern.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen Systemwechsel in der Tierhaltung ein – weg von der Intensivierung hin zu einer artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung. Nur so lassen sich die ökologischen und sozialen Folgekosten reduzieren, die gesellschaftliche Akzeptanz zurückgewinnen und Zukunftsperspektiven für eine bäuerlich getragene Tierhaltung schaffen. Über Änderungen im Tierschutzrecht, im Bau- und Immissionsschutzrecht sowie im Arzneimittelgesetz wollen wir die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Tierhaltung schaffen. Auch auf europäischer Ebene werden wir uns für bessere Tierschutzstandards einsetzen. Der Erfolg der Eierkennzeichnung belegt, dass die Verbraucher tiergerecht erzeugte Produkte bevorzugen. Wir setzen uns darum für eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung auf allen Lebensmitteln ein. Das ist eine große Chance für die heimische Landwirtschaft. Die Praxis der Bundesregierung, über Hermesbürgschaften Tierhaltungsanlagen, die weder deutschem noch EU-Recht entsprechen, in Drittländern zu fördern, werden wir beenden.	Tierhaltung muss in die landwirtschaftliche Produktion der Region integriert und am Tierwohl orientiert sein sowie Natur und Umwelt schonen. Neu- oder Erweiterungsanlagen für große Intensivtierhaltungen erzeugen vielerorts Konflikte. Dabei ist der Versorgungsgrad an Produkten tierischer Herkunft so hoch, dass Absatzmärkte kaum ohne Exporte funktionieren. Vor diesem Hintergrund ist der Zubau von Megaställen fragwürdig. Aber auch aus Sicht der Tiergesundheitsrisiken ist eine Begrenzung der Tierkonzentration am einzelnen Standort als auch regional sinnvoll. Dabei geht es vor allem um eine volkswirtschaftlich vernünftige und tierwohlorientierte Deckelung. Der technische Fortschritt in den Stallsystemen sollte verstärkt zur Verbesserung der Tiergesundheit und der Arbeitsbedingungen beitragen, statt allein auf betriebswirtschaftlich motivierte Rationalisierung zu orientieren. Die Akzeptanz für landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss in der Bevölkerung wieder verbessert werden.
Die Organisation der Regierungsarbeit muss effizient erfolgen. Wir sehen keine Notwendigkeit, das Bundeslandwirtschaftsministerium aufzugeben, behalten es uns aber vor, in Koalitionsverhandlungen auch die Strukturen von Ministerien zu verhandeln.	Es wird in der neuen Legislaturperiode ein Ministerium geben, das eine Agrarpolitik gestaltet, die die gesellschaftlichen Forderungen nach Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Tierschutz und lebenswerten ländlichen Räumen umsetzt.	Die LINKE hat sich zum Ressortzuschnitt im Falle einer Regierungsbeteiligung noch nicht abschließend verständigt. Wegen der grundlegenden Aufgabe der Ernährungssicherung und des großen Anteils der Flächennutzung in Deutschland durch die Land- und Forstwirtschaft ist die Verankerung in einem Bundesministerium gerechtfertigt. Diskutiert wird über ein gemeinsames Landwirtschafts- und Umweltministerium bei gleichzeitiger Bildung eines eigenständigen Energieministeriums. DIE LINKE setzt sich zudem für ein starkes Verbraucherministerium und eine starke Verbraucherschutzbehörde ein.